



II-12044 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Vizekanzler

DIPL.-ING. JOSEF RIEGLER

A-1014 Wien, Minoritenplatz 3

Tel. (0222) 531 15/2830

DVR: 0000019

Zl. 353.270/10-I/6/90

17. Juli 1990

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

5517 IAB

1990 -07- 19

Parlament  
1017 W i e n

zu 5594/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Guggenberger und Genossen haben am 1. Juni 1990 unter der Nr. 5594/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen für behinderte Menschen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen für behinderte Menschen wurden in Ihrem Ressort seit dem Jahr 1981 getroffen?
2. Welche Maßnahmen für behinderte Menschen haben Sie in Ihrem Ressort in der laufenden Legislaturperiode vorbereitet? Welche weiteren Verbesserungen planen Sie?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Eingangs möchte ich festhalten, daß ich erst am 24. April 1989 zum Vizekanzler und Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform ernannt wurde.

- 2 -

Ich bekenne mich grundsätzlich zur verstärkten Beschäftigung behinderter Menschen im öffentlichen Dienst. Ich möchte aber meinerseits betonen, daß ich mich mit den Zielen der Bundesregierung nach einer den Behinderten adäquaten Beschäftigung voll verantwortlich weiß.

Auch im Bereich der Verwaltungsreform kann es nicht Sinn und Zweck sein, adäquate Arbeitsplätze für Behinderte wegzurationalisieren, sondern die Verwaltung so umzugestalten, daß trotz einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung genügend Spielraum bleibt, behinderte Menschen ihrer Behinderung entsprechend sinnvoll einzusetzen.

Im Rahmen meines Kompetenzbereiches sind mir unmittelbar keine mit der Betreuung von behinderten Menschen zusammenhängenden Aufgaben oder Maßnahmen übertragen.

Ich möchte jedoch festhalten, daß ich jede Gelegenheit wahrnehme, um mich auf allen Gebieten, so z.B. auch im Rahmen von Gesprächen mit Ländervertretern, für die Rechte und Integration behinderter Menschen einzusetzen.

